

Das Lied: „Jammerballade“

do sitz i doch gestern bam wirten und do hackelt jetzat scho wiedera tschusch
des kunnt doch a unsriger a sei, wei der mocht doch sicherlich wieder an pfusch
und daun red der so deppad und duat glei so freindlich und i sog daun öwi glei gusch

owa "mia" ham doch sowieso "ü"berhaupt nix mehr zum sogn
und I kau mi nur ärgern und owi plogn
und i sogs eich:

i verstehs net, i verstehs net warum kuman de olle zu uns
so schlecht kauns doch denan net gaungen sei, net soovü schlechter wie uns
de haum jo sogor oft a scheneres auto und a gresere wohnung wie mia
und des obwoi de net deitsch kenan warum setz ma de net vor de tia

und da wirt der schmeißt nu a runden mitleid fürs gaunze lokal
wie schlechts uns geht is dem rest der wöt in wohrheit doch völllich egal
i glaub mir reichs i verziag mi vo do in den nächsten urlaubs ort
und in griechenlaund oder kroation bleib i daun einfoch dort

dort drüm sitzt nu da huababaua vom nemort und is am vazogn
kana wü seine sauan mehr, wei de moslems ka saufleisch vatrogn
waun do scho ana ka wiener mog daun kaustn glei wieder vajogn.

Na, wer jammert denn da so herum? Hören wir uns das doch am Besten nochmals an:

„do hackelt jetztat scho wiedera tschusch - des kunnt doch a unsriger a sei, wei der mocht doch sicherlich wieder an pfusch“

Wäre es nicht so traurig, wäre es einfach nur lächerlich, wenn wieder jemand versucht uns ein schwarz-weiß Weltbild zu verkaufen.

Es ist aber erschreckend, dass viele Menschen ein beleidigendes, herabwürdigendes und demokratiefeindliches schwarz-weiß Bild sehen wollen. Rassistische, antisemitische, antiziganistische, oder homophobe, - kurz - menschenverachtende Stimmung beginnt im Kleinen, Zivilcourage auch.

Rechter Populismus versucht komplexe Probleme, beziehungsweise Fragen und ihre Lösungen auf Werbesloganniveau zu vereinfachen. Das macht auch Sinn, bei schwer fassbaren Fragen wie, wie Gravitation funktioniert, denn fürs erste genügt es zu wissen, dass der Apfel vom Baum runter und nicht in den Himmel rauf fällt. In dem Moment, wo wir aber anderen Menschengruppen feindlich gesinnt sind, uns ihr Tod und ihr Leiden nicht mehr berühren und wir nicht mehr die Armut, sondern die Armen bekämpfen, sollten wir etwas genauer darüber nachdenken, was wir sagen und glauben.

Hier ein Beispiel: Es gibt zwei sehr verbreitete Parolen, um gegen Menschen mit vermutetem Migrationshintergrund zu schimpfen:

- In der ersten Variante werden sie beschuldigt, faul und arbeitsunwillig zu sein. Sie seien nur hier, weil sie materielle Hilfe erwarten.
- In Variante zwei wird ihnen vorgeworfen, dass sie anderen Menschen, die es mehr verdient hätten, den Arbeitsplatz, die Wohnung oder den Kindergartenplatz wegnähmen.

Für beide Probleme gibt es praktischerweise auch gleich zwei überschaubare Antworten:

- es müsse mehr Geld in Maßnahmen zur Grenzsicherung investiert werden damit weniger Menschen nach Österreich kommen und
- es sollten möglichst viele Menschen wieder abgeschoben werden.

Welches ihrer Probleme sollen wir lösen? Sie nervt der Stau in der früh am Arbeitsweg? Schuld daran sind die vielen anderen Autofahrer und Autofahrerinnen. Viele von ihnen sind nicht von hier und außerdem Kriminelle. Da fahren alkoholisierte Menschen, Menschen ohne Führerschein, Pendler, Menschen, die nicht mehr gut sehen und viele andere denen der Führerschein entzogen gehört. Wir sollten also die Maßnahmen erhöhen, um diese Menschen aus dem Verkehr zu ziehen. Von Brillenträgern und -trägerinnen könnten wir beispielsweise Fingerabdrücke nehmen, damit wir sie schneller ermitteln können, wenn sie verdächtigt werden. Wir sollten außerdem die Richtlinien verschärfen, damit nicht jede und jeder einen Führerschein bekommt. Menschen, die in die Stadt hineinfahren müssen nachweisen, dass sie einen Beitrag zur Stadt leisten, denn wir wollen keine Schmarotzer, oder Schmarotzerinnen, die nur die Vorteile einer Stadt ausnützen, um am Abend in die Villa aufs Land zu fahren. Dazu sollten wir eine Autofahrerpartei gründen. Gleichzeitig können wir auch schon einmal anfangen, diese Menschen nicht mehr an unseren Tankstellen tanken zu

lassen oder ab und zu neue Verkehrszeichen aufzustellen, die nur für sie gelten, aber wir sagen ihnen nicht, was sie bedeuten. Wenn das alles nichts hilft müssen wir eben noch eine Zeitung gründen, in der wir immer wieder darauf hinweisen, dass die ganzen kriminellen Autofahrer und Autofahrerinnen immer mehr werden und sie uns die ganzen Parkplätze wegnehmen und uns die ganzen guten Autos wegkaufen. Oder es erfindet endlich jemand Car-Sharing!

Gut hören wir uns noch eine Zeile aus diesem Song an. Was wurde denn da noch gesungen?

„owa ‚mia‘ ham doch sowieso überhaupt nix mehr zum sogn - des kunnt doch a unsriger a sei“

Es ist eine Frechheit, dass sich Einzelne aufspielen, als ob sie für uns Alle oder eine überwiegende Mehrheit sprechen könnten. Erstens wissen sie überhaupt nicht, was wir und damit auch ich zu einem Thema zu sagen haben und zweitens hat diese Menschen niemand legitimiert - insbesondere auch ich nicht - für uns, beziehungsweise mich zu sprechen.

Politiker und Politikerinnen sollten hingegen wissen, was wir für eine Meinung haben und sie sind auch legitimiert für uns zu sprechen. Aber auch sie sind keine homogene Gruppe und sind sich nicht einig, was „wir“ wollen. Sie repräsentieren eben genauso nur die vielfältigen Mehrheiten und Minderheiten in unserer Gesellschaft.

- Wer ist nun also das „wia“, die wir nichts mehr zu sagen haben?
- Und wer sind die Anderen, die etwas zu sagen haben?
- Bei welchem Thema haben wir eigentlich bald nichts mehr zu sagen?
- Und was sagen die anderen zu dem Thema?
- Und was ist es, das wir nicht mehr zu sagen haben?

Aber selbst ohne die Antworten auf diese Fragen zu kennen, weiß ich, dass mehr dahinter steckt, als in eine schwarz-weiß malende Antwort hinein passt.

Es ist ärgerlich, dass viele Österreicher und Österreicherinnen Demokratie offenbar noch immer nicht verstanden haben. Demokratie wird nicht immer besser und demokratischer, umso mehr man seine eigene Meinung verallgemeinert und sie der Allgemeinheit dann aufzwingt. Ganz im Gegenteil: Demokratie lässt sich daran messen, wie sehr sie Menschenrechte und Minderheitenrechte beachtet und umsetzt. Auch ich lebe in diesem Land und viele Entscheidungen entsprechen nicht dem, wie ich entscheiden würde, aber so lange ich das Gefühl habe, dass meine Meinung Beachtung findet und sein darf, ist das auch ok so.

Das heißt: Es genügt mir meistens, zu merken, dass ich meine Meinung in Zeitungen lese, im Parlament höre, in politischen Diskussionen im Fernsehen sehe und in der Öffentlichkeit wahrnehme. Es ist aber völlig in Ordnung, dass diese nicht immer eine Mehrheit findet. Ich werde dann trotzdem nicht trotzig, wie ein kleines Kind und suche mir Bösewichte über die ich Lügen verbreite und die ich dann beschimpfe und bedrohe.

Aber da gab es ja noch weitere dieser verallgemeinernden Vorwürfe.

Hören wir nochmal rein:

„i verstehs net, i verstehs net warum kuman de olle zu uns“

Wer sind „die“? Sind das die „Oberbösewichte“ namens Wirtschaftsflüchtlinge?

2014 waren die häufigsten Herkunftsstaaten von Asylwerbern und Asylwerberinnen: Syrien, Afghanistan, die russische Föderation, der Kosovo, Somalia und der Irak.

Dieses Bild zeigt sich auch 2015 wieder. Hier ein paar Beispiele dafür, was das bedeutet:

- Mohamad aus Syrien: "Ich wurde mit Elektroschocks gefoltert. Die Kinder auch, das habe ich gesehen, wir waren im selben Gefängnis. Die Wächter haben nicht vor ihnen Halt gemacht. Sie haben Elektroschocks eingesetzt – an ihren Händen, Beinen, Rücken und Genitalien. Sie haben die Kinder geschlagen, bis sie bluteten. Viele starben."
- Yousif aus dem Irak und seine Eltern haben Angst. Sie sind Christen und leben in einem Land, in dem islamistische Terroristen Christen foltern und enthaupten. Auch sie waren schon Zeuge davon.
- Leila unterrichtete Mädchen an einer Schule in Afghanistan. Bedroht wurde sie deshalb immer. Als aber eine Freundin tot und verstümmelt aufgefunden wurde, entschloss sie sich zu fliehen.

Quellenhinweis: <http://www.welt.de> und <http://www.wdr5.de>

Das Verbreiten von Angst und Panik ist eine übliche Strategie zur Destabilisierung von Demokratien und als Grundlage, um die Rechte aller Betroffenen zu beschneiden. Es darf nicht akzeptiert werden, dass der mühsam erkämpfte Friede in Europa, durch das Verbreiten von Lügen, Halbwahrheiten und Mythen gefährdet wird. Diese Lügen über angebliche Sündenböcke, werden aber leider regelmäßig, gezielt und absichtlich auch von politisch Verantwortlichen verbreitet. Hier ein paar korrekte Zahlen und Fakten – Stand 2015:

- Weltweit sind über 50 Mio. Menschen auf der Flucht und davon über 15 Mio. außerhalb ihres Heimatlandes.
- Die vier größten Aufnahmeländer von Flüchtlingen sind Pakistan, Iran, Libanon und Jordanien.
- Nicht einmal innerhalb Europas ist die EU Zieldestination Nummer eins: In der Türkei leben derzeit 1,6 Mio Flüchtlinge – im gesamten Rest Europas 1,5 Mio., genauso viele Flüchtlinge wie in Pakistan.
- Die Aufnahme von Flüchtlingen ist in Österreich gesetzlich unter anderem in der Genfer Flüchtlingskonvention verankert. So wie 143 andere Staaten haben wir uns in Österreich verpflichtet, Menschen Schutz zu gewähren, die sich aufgrund einer begründeten Furcht vor Verfolgung außerhalb des Staates aufhalten, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen. Diese Regelung hat aber das Problem, dass sie außerhalb des Territoriums eines Staates nicht gilt. Dadurch ist es uns in Europa möglich, Flüchtlingsboote auf hoher See abzudrängen. Solange sie nicht in hoheitliches Gewässer kommen, sind sie keine Flüchtlinge. Zu diesem Zeitpunkt sind sie nur Fremde, die vielleicht einen Fluchtgrund haben und vielleicht in dem Land verfolgt werden, in das sie zurück gedrängt werden. Das wissen wir aber nicht. Durch das gebetsmühlenartige Verbreiten falscher Informationen ist die erste Reaktion vieler, zu vermuten, sie wären

nicht, was sie behaupten. Dann ist es ja auch ok, dass wir sie lieber im Mittelmeer ertrinken lassen, als sie zu fragen, was ihre Geschichte ist. Im schlimmsten Fall würden wir erfahren, dass sie unseren Schutz gebraucht hätten. Dann wären *wir* Schuld am Tod von schutzlos Verfolgten und nicht bloß von Fremden. Wollen wir das?

Hören wir uns noch eine Zeile aus dem vorhin gehörten Lied an. Worum geht es da noch?

„und des obwoi de net deitsch kenan „

„Zuerst denken, dann reden“ ist ein bekannter, wohlgemeinter Rat, der leider viel zu selten beherzt wird. Gerade im Bereich der Deutschkenntnisse sind viele übereilte aber leider utopische Forderungen am Tisch, wie, dass Flüchtlinge zuerst Deutsch lernen sollen, bevor sie herkommen.

Diese Menschen sind geflüchtet, da geht sich vorher meist kein VHS Kurs mehr aus, insbesondere, da die VHS in Syrien beispielsweise vermutlich zu wenige Deutschtrainer und -Trainerinnen hätte.

Und wie soll sich eigentlich ein mittelloser Asylwerber oder eine mittellose Asylwerberin in Österreich einen Deutsch-Kurs leisten? Um Deutsch lesen und schreiben zu lernen, bedarf es flächendeckender, kostenloser Sprachkurse. Aufgrund unseres Bekenntnisses zum Menschenrecht auf Bildung sollte es Pflicht sein, allen Schutzunterworfenen in Österreich zumindest einmal im Leben eine kostenlose Grund- und Basisbildung zu geben.

Und wenn diese Menschen gelernt haben, Deutsch zu schreiben und zu lesen, müssen sie nur noch lernen österreichisch zu verstehen und zu sprechen. Das geht aber nur, wenn wir offen auf aufeinander zugehen und uns miteinander unterhalten, oder wie soll uns sonst jemand verstehen lernen?